

Hans-Günter Wagner

Felix Ekardt: Hundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch. Berlin: Ch. Links Verlag 2014, 190 Seiten.

Unter den vielen Werken zur nachhaltigen Zukunftsgesellschaft, *Zero-Carbon-Society* oder Postwachstumsökonomie nimmt dieses Buch eine prominente Rolle ein. Interdisziplinär ausgerichtet und multi-perspektivisch in seiner Analyse stehen am Ende doch eine klare strategische Handlungsorientierung und ein umsetzbarer politischer Maßnahmenkatalog für den Übergang in die „postfossile Welt“. Anstelle ausufernder „Zahlenschlachten“ und „Quantifizierungen“ zeigt Ekardt vor allem die Folgen und Wechselwirkungen des Klimawandels mit weltweitem Hunger, Migrantenströmen und zunehmenden Verteilungskonflikten zwischen Reichen und Armen. Zugleich nimmt er die politischen Zwänge und kulturellen Prägungen unter die Lupe, welche die Handlungsmuster der verschiedenen Akteure von den Konsumenten über die Industrie bis zu Politikern und institutionellen Repräsentanten bestimmen. Das Spektrum der Betrachtung reicht von Max Webers Protestantismus-Kritik als der großen mentalen Blaupause moderner Gesellschaften bis zu den lebensweltlichen Herausforderungen eines jeden Einzelnen vom Einkauf und der Ernährung bis hin zu seiner Fortbewegung und dem Urlaubsverhalten.

Das Buch beginnt mit einer Kritik der gegenwärtigen Engführung der Energiewende in Deutschland auf den kleinen Ausschnitt der Stromerzeugung, -verteilung und -preisbildung (S.11, 26ff). Fossile Energien stecken jedoch nicht nur im Strom, sondern in vielen Produkten, im Dünger, in Kunststoffen sowie in der Unterhaltungselektronik und im Warentransport. Neben einer differenzierten Würdigung von neuen „Wundertechnologien“, wie der Abscheidung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken und die Einlagerung in tiefere Erdschichten (S.57), arbeitet der Autor eine Reihe ökonomischer Aspekte heraus, beispielsweise dass die langfristigen Folgen unterlassener Klimaschutzmaßnahmen in Form von Ernteausfällen, Naturkatastrophen, Überschwemmungen usw. fünfmal so teuer kommen wie die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz, ganz zu schweigen von der Gefahr gigantischer Naturkatastrophen (S.29).

Das von ihm präferierte soziale und ökologische Handlungsmodell setzt vornehmlich auf Verhaltensänderungen (auf allen Ebenen) und ein neues Verständnis von Normalität. Dabei werden Widersprüchlichkeiten im menschlichen Verhalten ausgeleuchtet, u.a. in der Beziehung zwischen Wissen und Umweltverhalten (die Folgen des eigenen Handelns liegen räumlich und zeitlich in weiter Ferne), oder des ökologischen „Mehrkonsums“ (man fährt zum Beispiel jetzt mehr Auto, weil es ja ein „umweltfreundliches“ Elektrofahrzeug ist), sowie hinsichtlich psychologischer Faktoren des Kaufverhaltens (Prestige- oder Statuskäufe, weil Nachbarn oder Kollegen bereits ein solches Produkt besitzen). Mit letzterem Phänomen hatte sich bereits Fred Hirsch in seinem 1976 erschienenem Werk „The Social Limits to Growth“ befasst und darauf hingewiesen, dass die Befriedigung individueller Bedürfnisse durch Waren und Dienstleistungen der Wachstumswirtschaft über den elementaren Lebensbedarf hinaus nur solange als angenehm empfunden wird, wie sie einen Prestigegewinn gegenüber den Mitmenschen verschafft. Ein für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen erschütternder Tatbestand.

Ekardt wünscht sich eine Wertewandeldebatte: weg vom „konsumistisch ausgelebten Freiheitsverständnis“ (S.86) und hin zu sozialverträglichen Mustern des Verzichts und der Genügsamkeit („Suffizienz“). Wohl wissend, dass damit eine unterschwellige Bedürfniskritik einhergeht, die von Gegnern schnell mit dem Vorwurf der „Ökodiktatur“ gekontert wird,

entwickelt der Autor eine Kritik ökonomischer Axiome, gepaart mit einer Rechts- und Ethikdiskussion über normative und instrumentelle Vernunft (S.131ff). Auch wenn Ökonomen das selten so sehen, so liegt der ökonomischen Bewertung der Umwelt bereits eine (implizite) Ethiktheorie zugrunde (eine krypto-normative, könnte man auch sagen). Wenn allein die Präferenzen der Marktteilnehmer letzte Gültigkeit besitzen, ist für sie faktisches Wollen per se richtig. Es geht dann nur noch um den richtigen Preis. Der Autor sieht in diesem Ansatz eine Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen, insbesondere derer, die sich ökonomisch nicht artikulieren können. Freiheitsrechte haben jedoch eine intergenerationale und globale Dimension. Die Lösung der Energie- und Klimaprobleme als für die Menschheit existentielle und ethische Aufgabe erfordere somit Maßnahmen, welche bestimmte Freiheiten einiger beschneiden, um die generellen Entfaltungsmöglichkeiten aller zu sichern – so etwa der rechtstheoretische Kerngedanke. In praktischer Hinsicht wird für eine Verteuerung fossiler Rohstoffe und generell der Bodennutzung sowie die Ausweitung des Emissions-Zertifikate-Handels (ETS) auch über den Co2-Bereich hinaus plädiert, damit umweltschädliche Ausweichmöglichkeiten verschlossen werden (S.102). Abgesehen von der Kritik am „Verschenken“ der Zertifikate an die Emittenten und den zu niedrigen Preisen, hätte jedoch gerade das Zertifikate-Modell durchaus eine eingehendere kritische Würdigung verdient. Keine Beachtung findet zum Beispiel die Tatsache der Förderung ökonomisch Mächtiger durch den Zertifikate-Handel oder der Einsatz der Instrumente Steuern und Abgaben anstelle von Zertifikaten: Während durch Erstere Geldmittel vom privaten in den öffentlichen Sektor fließen, bleibt durch die Abgabe von „Verschmutzungsrechten“ das Geld bei denen, die aus der Ausbeutung der Natur ohnehin schon hohe Gewinne erzielen.

Insgesamt ein interessantes und lesenswertes Buch, das komplexe Zusammenhänge anschaulich präsentiert. Jenseits der fatalen Alternativen eines „Hyperindividualismus“ und einer „totalitären Gesellschaftsordnung“ wird für die Selbstbestimmung aller Betroffenen argumentiert und ein wirksameres Wechselspiel der Akteure gefordert. Das rechtliche Handlungsmodell ist evident. Aber es bleibt die Frage, wie es um die faktischen Umsetzungsmöglichkeiten solcher Konstruktionen im Gefüge der Systemrationalitäten von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht steht. Wie Wolfgang Stegmüller einmal feststellte, ist Evidenz nicht das Einleuchtende, sondern das gelten lassen des Einleuchtenden.

erschienen in: in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 53. Jg. (Oktober 2016), 190/191. Folge, S.64-65